

Antrag

der Fraktion der SPD

Keine weiteren israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Die Bundesregierung wird aufgefordert, im Rahmen der koordinierten Außenpolitik der EG, aber auch in direktem Kontakt mit der israelischen Regierung, auf einen Stopp der israelischen Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten hinzuwirken.
2. Jetzt ist die Chance für einen umfassenden Friedensprozeß im Nahen Osten gegeben. Die Sicherheit aller Staaten der Region kann dauerhaft nicht durch Hochrüstung, sondern durch vereinbarte Abrüstung gewährleistet werden. Die Siedlungspolitik, die auch vor willkürlicher Beschlagnahmung arabischen Eigentums nicht zurückschreckt, gefährdet den Friedensprozeß und ist geeignet, Israel in der Weltgemeinschaft zu isolieren.
3. Da sich die Notlage der palästinensischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten noch weiter verschärft hat und die Unterstützung der arabischen Welt für diese Palästinenser erheblich zurückgegangen ist, wird die Bundesregierung aufgefordert, ihre materielle Hilfe für die Palästinenser auf der Westbank und im Gazastreifen massiv zu erhöhen und einen Bericht vorzulegen, wie diese Hilfe effektiviert werden kann, indem sie direkt an palästinensische Organisationen vor Ort gegeben wird.

Bonn, den 18. Juni 1991

Dr. Hans-Jochen Vogel und Fraktion

